

Der Preis Peter Brinkmann der Deutschen Einheit Michail Gorbatschow und die NATO 1989/90





Peter Brinkmann

Der Preis der Deutschen Einheit

Michail Gorbatschow und die NATO 1989/90

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Basis dieser Veröffentlichung ist die Dissertation mit dem Titel „NATO und die deutsche Einheit 1989–1990“. Sie wurde 2018 eingereicht bei der Humanistischen Fakultät, Institut für Geschichte, der Universität Zielona Góra.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2020 by Böhlau Verlag GmbH & Cie. KG, Lindenstraße 14, D-50674 Köln
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Wissenschaftliche Beratung: Prof. Dr. Leszek Belzyt, Universität Zielona Gora (Polen)
Korrektorat: Andreas Eschen, Berlin
Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln
Wissenschaftlicher Satz: satz&sonders GmbH, Dülmen
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH Göttingen
Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-412-51893-6

Inhalt

Zitate	9
Einleitung	11
Ziele der Untersuchung	12
Methode, Quellenlage und ihre Bewertung	19
Einordnung der Fachliteratur	28
Kapitel 1	34
Die Teilung Deutschlands und Europas – Ihre Ursachen und Folgen	34
Pläne über Deutschland	38
Die Potsdamer Konferenz der „Großen Drei“	39
Das Ende der Vier-Mächte-Rechte	43
Beginn der Entspannungspolitik	58
Kapitel 2	73
Die Überwindung der Teilung: Voraussetzungen – Alternativen ..	73
1989: US-Präsident in Polen und Ungarn	75
Vier Grundsatzreden von Bush zu Europa und Deutschland	79
Fall der Mauer am 9. November 1989	88
Gorbatschows erste Rede nach dem Mauerfall: Nein zur Einheit ..	94
Kapitel 3	99
Diplomatie und die Deutsche Frage	99
Kapitel 4	109
Beiträge zur Einheit Europas	109
Kohls Zehn-Punkte-Plan	110
Genschers Kritik an Kohls Zehn-Punkte-Rede	112
Internationale Reaktionen auf Kohls Rede	116
Harsche Ablehnung in Moskau	120
Uneinigkeit unter den Westmächten über deutsche Einheit	131
Analyse in Moskau über die DDR	134
Überlegungen in Washington zu Deutschland	137
Gorbatschow zunehmend in der Zwickmühle	141
Kohls Hilfszusagen	143

6	Inhalt
Kapitel 5	148
Politikwechsel im Kreml	148
Umdenken bei Gorbatschow	153
Kapitel 6	167
Zum Verhältnis USA – Sowjetunion	167
Kapitel 7	171
Wiedervereinigung als beherrschendes Thema	171
Mauerfall-PK am 9. November 1989 durch ZK-Mitglied Günter Schabowski	179
Bedenken unter den westlichen Partnern	183
Genschers Reden in Stuttgart und Tutzing	186
Die Baker-Genscher-NATO-Formel	191
SPD-Spitze contra NATO-Pläne	195
Vorsichtiges Umdenken an der Moskwa	199
Vier Tage der Bewegung	205
Annäherung Bonn – Ost-Berlin	207
Gorbatschows Bitte um Lebensmittelhilfen	219
Kooperationsvertrag als Lockmittel vom Rhein	223
Warten auf Gorbatschow	227
Kapitel 8	238
Das Kunststück einer neuen NATO-Formel	238
Bakers Strategie	239
Keine Bedingungen aus Moskau	249
Gegenkräfte in Moskau	270
Sowjetisches Militär gegen NATO-Ausdehnung	273
Kohl nach Washington, Baker nach Moskau	279
Kapitel 9	291
Der Weg zum Durchbruch im Kaukasus und die Zeit danach	291
Stand der deutsch-deutschen Verhandlungen Juni 1990	297
Beste Vorbereitungen für den Gipfel	307
Verhältnis NATO zum Warschauer Pakt	308
Parteitag in Moskau – Gorbatschow unter Druck	314
Die „Londoner Erklärung“ der NATO	319
Einigung im Kaukasus	322
2+4-Gespräche weiter schwierig	336
Empörung in Moskau	338
Ende gut – alles gut!	348

Inhalt	7
Kapitel 10	351
Die Einheit und die Ausdehnung NATO gen Osten	351
Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	355
Lehrstück der Diplomatie	363
Anhang	367
Solidarność	367
Auszüge der Rede von Michail Gorbatschow am 7. 12. 1988 vor der UNO, New York	370
Rede zu „Europa“ von US-Präsident George Bush am 24. Mai 1989 vor der „Coast Guard Academy“ in New London	371
Zur Entwicklung der Europäischen Union – EU	372
Zur Entwicklung im Comecon	372
Bundestagsrede von Bundeskanzler Helmut Kohl zu seinem 10-Punkte-Plan, Bonn, 28. November 1989	373
Zusammenfassung: Zehn-Punkte-Plan von Bundeskanzler Helmut Kohl, Bonn, Bundestag, 28. November 1989	379
Horst Teltschik legte Kanzler Helmut Kohl am 30. November 1989 die Reaktionen aus aller Welt zu seiner Zehn-Punkte-Rede vor.	381
Sowjetische Position zum sicherheitspolitischen Status eines vereinten Deutschland, insbesondere zur NATO- Mitgliedschaft“, Horst Teltschik, 23. März 1990.	383
Vorabbericht von Kanzlerberater Horst Teltschik zum 28. Parteitag der KPdSU	385
Vorbereitung für Kohl zum NATO-Gipfel in London Juli 1990	388
Wortlaut des RBTH-Interviews vom 16. Oktober 2014 mit Michail Gorbatschow	399
Abbildungen	401
Abkürzungsverzeichnis	411
Bibliografie	414
Kurzbiografien ausgewählter handelnder Politiker	424
Dank	428
Personenregister	429

Zitate

„Die deutsche Frage ist nur unter einem europäischen Dach zu lösen.“
Konrad Adenauer, Bundeskanzler,¹ 1952

„Die Wiedervereinigung ist Sache der Deutschen und nur der Deutschen. Sie kann nicht schematisch vollzogen werden. Bei der Wiedervereinigung müssen die sozialen Errungenschaften der Werktätigen der DDR erhalten bleiben.“
Nikita Chruschtschow, sowjetischer Staatschef,² 1955³

„Die Deutschen haben ein Recht darauf, über ihr eigenes nationales Schicksal zu entscheiden.“
Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU,⁴ 1989⁵

„Europa muss vereint und frei sein.“
George H.W. Bush, US-Präsident, 1989⁶

„Unsere Kollegen im Westen haben uns wiederholt angelogen, haben Entscheidungen hinter unserem Rücken getroffen, uns vor vollendete Tatsachen gestellt. So war es bei der Ost-Erweiterung der NATO und dem Ausbau militärischer Einrichtungen an unseren Grenzen.“
Rede von Russlands Präsident Wladimir Putin⁷ vor der Duma, 2014

1 Bundeskanzler von 1949–1963. Bulletin der Bundesregierung 47/1952 vom 26. 4. 1952, S. 489.

2 Vorsitzender der KPdSU von 1953–1964.

3 Angebot der sowjetischen Regierung für gesamtdeutsche Wahlen vom 26. Juni 1955 in einer „Erklärung zur deutschen Frage“ vom 15. Januar 1955; Bundesarchiv N 1351/38 a, Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. II. Teil: November 1953 bis Dezember 1955, Bonn 1958, S. 185–188, hier S. 188.

4 Gorbatschow war Generalsekretär der KPdSU von 1985–1991. Gorbatschow trat 1952 mit 21 Jahren in die KPdSU ein, studierte Rechtswissenschaften und Agrarwirtschaft und wurde 1970 1. Sekretär für Landwirtschaft in der KPdSU. 1971 Mitglied im ZK der KPdSU. 1978 ZK-Sekretär für Landwirtschaft. Seit 1980 Vollmitglied im Politbüro, 11. März 1985 Generalsekretär der KPdSU, bis 25. 12. 1991 Präsident der Sowjetunion. 1990 Friedensnobelpreis.

5 Gorbatschow, Michail: Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung, Berlin 1999, S. 84.

6 Rede von US-Präsident George Bush in Mainz, 31. Mai 1989. Internet: <http://www.chronik-der-mauer.de/material/178891/rede-von-us-praesident-george-bush-in-mainz-31-mai-1989> (letzter Zugriff: 12. 7. 2019).

7 Internet: www.bpb.de/apuz/59638/von-der-sowjetunion-in-die-unabhaengigkeit?p=all (letzter Zugriff: 28. 4. 2020). Wortlaut auf Russisch: Напротив, нас раз за разом обманывали, принимали решения за нашей спиной, ставили перед свершившимся фактом. Так было и с расширением НАТО на восток, с размещением военной инфраструктуры у наших границ.
Die Rede hielt Putin am 18. März 2014. Im Internet: <http://kremlin.ru/events/president/news/20603>

Einleitung

In dieser Arbeit geht es vorrangig um die Überwindung der als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs erfolgten Teilung Deutschlands, ihre Voraussetzungen und Folgen. Da die beiden Staaten in Deutschland, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik, in dem entsprechenden Zeitraum, den Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts, sich gegnerisch bis feindlich gegenüberstehenden Militärblocken – NATO und Warschauer Vertrag – angehörten, ist es erforderlich, die Konsequenzen der deutschen Wiedervereinigung für diese Bündnisse zu beleuchten.

In den Mittelpunkt gestellt wird dabei das Handeln der entscheidenden Staaten beider Bündnisse – der USA und der Sowjetunion – sowie der Objekte der Vereinigung, der Bundesrepublik Deutschland (BRD) sowie – in geringerem Maß – der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die beiden anderen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, nämlich Großbritannien und Frankreich, gehören zwar der NATO an, standen der Wiedervereinigung skeptisch bis ablehnend gegenüber. Das gilt in ähnlicher Weise auch für die Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages – einschließlich der DDR –, deren Politik bis in die zweite Hälfte der Achtzigerjahre von der Sowjetunion vorgegeben wurde. Wenn also in dieser Arbeit „Die NATO und die deutsche Einheit“ im Fokus stehen, dann kann und muss dies vor allem durch die Darstellung der Politik der USA und der Sowjetunion geschehen. Die anfangs eher ablehnende Haltung gegenüber einer Vereinigung der deutschen Staaten durch Großbritannien und Frankreich änderte sich im Laufe der Verhandlungen. Hauptakteure blieben aber die Sowjetunion und die USA.⁸

8 Die anderen Bündnispartner der Bundesrepublik Deutschland aus EG und NATO waren in ihren Stellungnahmen nach dem Mauerfall 1989 eher zurückhaltend. Vgl. ausführlich die Dokumentation des Europäischen Parlamentes Registratur im Dokumentationszentrum des EU – Parlaments Cardoc Nr. 5 vom November 2009 unter dem Titel: „Das Europäische Parlament und die deutsche Einheit“. So hat sich erst der EU-Gipfel vom 8. und 9. Dezember 1989 in Straßburg mit der Option „Deutsche Einheit“ beschäftigt. Schon damals zeigten sich die Spannungen und divergierenden Ansichten zwischen Bonn (Kanzler Kohl) und Paris (Staatspräsident Mitterrand) über die Zukunft Deutschlands in einem erweiterten Europa. Die Europäische Kommission äußert sich erst am 17. Januar 1990 ausdrücklich zur deutschen Frage. Vgl. auch: Cuccia, Deborah: Italien und die deutsche Einigung 1989/1990; in Internet: www.berlinerkolleg.com/de/blog/italien-und-die-deutsche-einigung-1989/1990 (letzter Zugriff: 28.4.2020).

Ziele der Untersuchung

Der deutschen Wiedervereinigung und ihren Konsequenzen für die beiden Militärblöcke NATO und Warschauer Vertrag kommt eine historische weltpolitische Bedeutung zu. Niemals in der Geschichte zuvor sind zwei Staaten mit konträren gesellschaftlichen Systemen friedlich vereinigt worden.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten „Bundesrepublik Deutschland“ und „Deutsche Demokratische Republik“ am 3. Oktober 1990 – richtiger: dem Beitritt der DDR zur BRD – endeten die 2+4-Verhandlungen der beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges über die zukünftige Gestaltung Deutschlands und dessen Einbindung in eines der bestehenden Bündnisysteme NATO bzw. Warschauer Pakt.

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 war die Vereinigung der deutschen Länder, die seit den Konferenzen von Jalta und Potsdam⁹ in vier Besatzungszonen aufgeteilt worden waren, im Grundgesetz verankerte oberste Aufgabe und Ziel für Bundestag und Bundesregierung.¹⁰ Die Bezeichnung „Grundgesetz“ für die bundesrepublikanische Verfassung sollte signalisieren, dass sich dieser Teilstaat lediglich als ein Provisorium verstand. Bonn wurde daher stets Bundeshauptstadt und nicht deutsche Hauptstadt genannt.

In der DDR war die Wiedervereinigung seit Staatsgründung am 7. Oktober 1949 ebenfalls und für viele Jahre vorrangiges politisches Ziel, zumindest verbal.¹¹ Selbst noch in der 1968 veränderten DDR-Verfassung wurde die „Vereinigung beider deutscher Staaten“ als langfristiges Ziel pro-

-
- 9 Jede der vier Mächte (USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich) sollte jeweils politische Handlungsfreiheit in ihrer Zone bzw. ihrem Sektor erhalten. So griffen die Westmächte beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und beim Mauerbau am 13. August 1961 nicht ein, da Moskau strikt darauf achtete, dass das Geschehen auf „seinen“ Sektor beschränkt bliebe. In Verbindung mit dem Prinzip der Einstimmigkeit der Entscheidungen im Alliierten Kontrollrat bedeutete diese Formulierung, dass die einzelnen Besatzungsmächte in ihren jeweiligen Zonen in der Lage waren, eine völlig eigenständige Politik zu betreiben, ohne dass der Kontrollrat sie daran hindern konnte.
- 10 Bundeskanzler Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung 20. Oktober 1953. Pulte, Peter: Aktuelle Dokumente. Regierungserklärungen 1949–1973. Walter de Gruyter, 1973. Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949. Vgl. Deutscher Bundestag, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, www.bundestag.de/gg.
- 11 Ostermann, Christian F.: The United States and German Unification. In: Gehler, Michael und Graf, Maximilian (Hg.): Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen, Göttingen 2017, S. 93–117.

pagiert.¹² Erst mit der 1974 revidierten Verfassung wurde das politische Ziel der „Vereinigung beider deutschen Staaten“ aufgegeben.¹³

Doch mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 in Berlin setzte der tatsächliche Prozess zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein, ohne dass die Verantwortlichen in Ost wie West darauf vorbereitet gewesen wären.

Im Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ der DDR-Volkskammer mit Oppositionellen vom April 1990 war in Artikel 44 Abs. 2 die Mitgliedschaft in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem vorgesehen.¹⁴ Dazu sollte es aber nicht kommen. Die Umsetzung der Verfassungs-Diskussionen in die politische Realität blieb aus. Das Grundgesetz der BRD, man hielt an diesem Begriff fest, galt ab dem 3. Oktober 1990 auch für das Territorium der aufgelösten DDR.

Es war die größte Herausforderung der Diplomatie, 1989/1990 divergierende Interessen zu identifizieren und miteinander in Einklang zu bringen, um das Ziel „Deutsche Einheit“ unter Einbindung in ein für alle Seiten akzeptables Bündnissystem zu erreichen. Dabei galt es, bisher starre Positionen in Fragen der „Bündniszugehörigkeit“ – entweder zur NATO oder zum Warschauer Vertrag/Pakt – unter Einbeziehung der KSZE zu lösen.

Gleichzeitig wurde der bereits 1967 entstandene „Harmel-Bericht“¹⁵ der NATO diskutiert, der von ihr als höchstes politisches Ziel eine gerechte

12 Die Verfassung von 1968 strebte mit Artikel 8 Abs. 2 die „Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten“ an. Der Versuch, eine gesamtdeutsche Verfassung zu etablieren, wurde durch die Festschreibung der Zweistaatlichkeit somit fallengelassen. Sie postulierte aber im folgenden Satz weiter das Ziel einer „Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung“. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968; in Internet: www.verfassungen.de/ddr/verf68-i.htm (letzter Zugriff: 11. 5. 2020).

13 Artikel 6 Abs. 2 wurde insoweit abgeändert, als nun die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion deutlich hervorgehoben wurde: „(2) Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet. Das enge und brüderliche Bündnis mit ihr garantiert dem Volk der Deutschen Demokratischen Republik das weitere Voranschreiten auf dem Wege des Sozialismus und des Friedens.“

Die Deutsche Demokratische Republik ist untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie trägt getreu den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus zu ihrer Stärkung bei, pflegt und entwickelt die Freundschaft, die allseitige Zusammenarbeit und den gegenseitigen Beistand mit allen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft“. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968; in Internet: www.verfassungen.de/ddr/verf68-i.htm (letzter Zugriff: 11. 5. 2020).

14 Entwurf „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“, Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches, Berlin April 1990; in Internet: www.documentarchiv.de/ddr.html (letzter Zugriff: 11. 5. 2020).

15 Harmel-Bericht; in Internet: www.1000dokumente.de/index.html?c=glossar_de&ge=Harmel-Bericht&sg=1&l=de (letzter Zugriff: 28. 4. 2020)

und dauerhafte Friedensordnung für ganz Europa“ forderte.¹⁶ Der vom belgischen Außenminister Pierre Harmel für die NATO erstellte „Bericht über die zukünftigen Aufgaben der Allianz“ war die Grundlage für die bis 1991 gültige NATO-Doppelstrategie. Er beinhaltete zwei Komponenten: Verteidigung (Aufrechterhaltung ausreichender militärischer Stärke) und Entspannung. Als oberstes Ziel der NATO-Sicherheitspolitik wurde die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Europa, begleitet von angemessenen Sicherheitsgarantien, gesehen.¹⁷ Die „Deutschland-Frage“ wurde im Harmel-Bericht als „Kern der Spannungen in Europa“ bezeichnet. Daher musste die Bundesregierung zunächst im Rahmen ihrer seit 1969 verfolgten Entspannungspolitik Verträge mit östlichen Partnern und den Siegermächten schließen.¹⁸ Mit dem „Brief zur deutschen Einheit“¹⁹ im Zusammenhang mit dem „Moskauer Vertrag“ wurde bereits im August 1970 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die „Bundesregierung darauf hinwirke, dass das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit erlange“. Damit war der Weg frei für die KSZE-Schlussakte in Helsinki 1975, die auch die USA und Kanada unterzeichneten.

Erstmals verständigten sich West und Ost auf gemeinsame Werte ihrer Politik. Ganz wichtig dabei waren die Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung eines jeden europäischen Volkes, die Achtung der Menschenrechte und das Recht auf freie Bündniswahl. Vor allem aber einigten sich die europäischen Staaten, die USA und Kanada mit der Sowjetunion auf die Formel, dass die Grenzen in Europa „friedlich“ verändert werden könnten. Dies sollte 1990 große Bedeutung erlangen. Denn nur durch diesen Passus war es überhaupt möglich, die Grenze der DDR zur BRD, die nach Bonner Auffassung keine völkerrechtlich gültige war, „friedlich“ durch Vereinbarung aufzuheben.²⁰ Auf der Grundlage dieser Verträge, Zu-

16 Rede von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher bei der Festveranstaltung anlässlich 25 Jahre Schlussakte von Helsinki am 19. Juli 2000 in Wien ; in Internet: www.genscher.de/html/rede_9.pdf (letzter Zugriff: 28. 4. 2020).

17 Harmel-Bericht, in Internet: www.1000dokumente.de/index.html?c=glossar_de&ge=Harmel-Bericht&sg=1&l=de (letzter Zugriff: 28. 4. 2020)

18 Dies geschah mit der Sowjetunion, Polen, der CSSR und der DDR.

19 Der „Brief zur deutschen Einheit“ wurde am 12. August 1970 in Moskau übergeben; in Internet: www.1000dokumente.de/index.html?c=glossar_de&ge=Harmel-Bericht&sg=1&l=de sowie www.chronik-der-mauer.de/material/180318/brief-zur-deutschen-einheit-12-august-1970 (letzter Zugriff: 16. 6. 2020).

20 Genscher nannte dies in seiner Rede vom 19. Juli 2000 den „Ausgangspunkt für einen dynamischen Prozess, der in die Überwindung der Spaltung des Kontinents mündete“. Vgl. Rede bei der Festveranstaltung anlässlich 25 Jahre KSZE Schlussakte von Helsinki am 19. Juli 2000 in Wien; http://www.genscher.de/html/rede_9.pdf.

sicherungen und Absprachen musste die Diplomatie die Aufgaben lösen, die durch den Mauerfall in Europa plötzlich entstanden waren.²¹

Ziel dieser Arbeit ist es daher, erstmals und vertieft

- darzulegen, wie der Prozess der Vereinigung seitens der Diplomatie in den beteiligten Staaten verlief und welche Pro- und Contra-Positionen zu verbinden bzw. aufzulösen waren,
- zu prüfen, ob und ggf. wie die Frage der NATO-Ausdehnung ostwärts und die der KSZE-Einbindung damit verbunden war,
- zu klären, ob es 1989/1990 von westlicher Seite oder durch die NATO gegenüber der Sowjetunion Versprechen, Zusagen, Garantien oder Ähnliches gab, die NATO quasi als „Gegenleistung“ zur Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung generell NICHT gen Osten auszu-dehnen,²²
- zu eruieren, ob von westlicher Seite gegen den „Geist der Gespräche“²³ verstoßen wurde,
- die Äußerungen westlicher Politiker im Laufe der Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands auf ihre Rechtswirksamkeit zu prüfen.

Es ist zu klären, ob die Äußerungen der westlichen Seite in diesem Zusammenhang nur unverbindliche Gedanken darstellten, über die noch verhandelt werden musste, oder ob sich die sowjetische Verhandlungsseite darauf verlassen konnte, dass das Gesagte verbindlichen Charakter hatte. Haben eventuell falsche Übersetzungen zu falschen Schlüssen geführt? Oder wurde das Ja des Kremls zur deutschen Wiedervereinigung und vor allem zur NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands durch materielle Hilfsleistungen an die Sowjetunion „erleichtert“ oder gar „erkauft“?²⁴

21 Umfassend Spohr, Kristina: Precluded or Precedent Setting? The ‚NATO Enlargement Question‘ in the Triangular Bonn – Washington – Moscow Diplomacy of 1990–1991; in: Journal of Cold War Studies 14, no. 4 (Herbst 2012), S. 33–35.

22 Vgl. „Abmachung 1990: Keine Osterweiterung der NATO“; in Internet: <http://www.youtube.com/watch?v=JXcWVTpQF3k> (zuletzt gesehen 3. 6. 2020), ARD-Weltspiegel, 2. Oktober 2014; Hans-Dietrich Genscher am 2. Februar 1990 in Moskau gegenüber Michail Gorbatschow. Stimme Russlands, 2. Oktober 2014.

23 Stent, Angela: Rivalen des Jahrhunderts. Deutschland und Russland im neuen Europa, Berlin 2000, S. 378. Kritiker der NATO-Osterweiterung berufen sich auf Artikel 5 des „Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“. Danach dürfen ausländische Streitkräfte und Atomwaffen nicht im östlichen Teil Deutschlands stationiert werden.

24 Vgl. Stent, S. 178, 208, 213, 230, 247–249; Thatcher, Margaret: Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, Düsseldorf 1993, S. 1096: „Es sollte sich herausstellen, dass die Sowjets bereit waren, den Deutschen die Wiedervereinigung zum Preis einer bescheidenen Finanzspritze für ihre marode Wirtschaft zu verkaufen.“

Bereits dieser Fragenkatalog lässt eine Reihe von Schlüssen zu:

1. Erste Reaktionen nach dem Mauerfall waren Gedanken an „konföderative Strukturen“ (Kohl, Genscher, Modrow).
2. Die NATO spielte zunächst keine Rolle.
3. Die USA erkannten sehr schnell, dass es ein vereintes Deutschland ohne die NATO nicht geben könnte und nicht geben würde.
4. Die Sowjetunion realisierte frühzeitig, dass der Staat DDR nicht zu halten sein würde und die Einheit Deutschlands in den Bereich des Denkbaren rückte. Die Bedeutung der NATO erkannte Moskau allerdings erst (zu) spät.
5. Die Aussicht auf beträchtliche Hilfe in Form von Geld und Sachleistungen als Preis für die Einheit und die Verwirklichung einer neuen Sicherheitsstruktur für ganz Europa bestimmte im Laufe der Verhandlungen immer stärker Gorbatschows Verhalten. Der Widerstand gegen eine NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands nahm ab.

Der Fall der Mauer war eine logische Konsequenz der Perestroika²⁵, die Michail Gorbatschow ab 1985 betrieb. Sie beruhte auf zwei Annahmen und Grundvoraussetzungen:

1. Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft von den Partei-gelenkten Indoktrinationen zur freien Gesellschaft nach westlichem Muster.²⁶ Die Kernsätze von Gorbatschow lauteten: „Es gibt keine Rückkehr zum administrativen Kommandosystem. Das wäre ein Unglück, eine Sackgasse“.²⁷ Und: „Das stalinistische Modell des Sozialismus wird durch eine Gesellschaft von freien Bürgern abgelöst“.²⁸
2. Annäherung an den Westen, um zu lernen, zu profitieren und mit dessen materieller Hilfe auch umzugestalten.²⁹

25 Russisch: Umbau. Erstmals von Michail Gorbatschow am 8. April 1986 in einer Rede in Togliatti verwendet.

26 Vgl. Gorbatschow, Michail: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 507 ff.

27 Ebda. S. 525.

28 Ebda. S. 525.

29 Vgl. ebda. S. 527.

Diese Politik zwang auch die USA und den übrigen Westen, die seit US-Präsident Truman³⁰ eingeführte „Eindämpfungspolitik“³¹ gegenüber der Sowjetunion zu überdenken und zu korrigieren. Diese „Korrektur“ begann unter US-Präsident Reagan und setzte sich mit seinem Nachfolger Bush ab Januar 1989 konsequent fort.³²

Mit dem Fall der Mauer und damit der Grenzen zwischen den bis dahin „verfeindeten“ Blöcken NATO und „Warschauer Vertrag/Pakt“ war es ebenso logisch, dass es zu einer schneller als geplanten Annäherung der bisher in den Blöcken verhafteten Staaten kommen musste. Denn nun verloren die Blöcke ihre Bedeutung und Existenzberechtigung und damit auch der Moskauer „Satellitenstaat“ DDR.³³ Im Ergebnis kam es zur Vereinigung von BRD und DDR, wenngleich es sich völkerrechtlich gesehen um einen „Beitritt“ der inzwischen auf dem Gebiet der DDR gebildeten Länder handelte.

Diese Arbeit will nicht nur die Entwicklung deutsch-deutscher Beziehungen im internationalen Kontext, sondern auch die Geschichte beider Staaten und deren Einbettung in (West- wie Ost-) Europa nachzeichnen. Geklärt werden soll, was nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 bis zum 3. Oktober 1990 zwischen den 2+4-Staaten besprochen, verhandelt, abgeschlossen und/oder verschwiegen wurde.

Aus dem Blickwinkel des Gesamtthemas dieser Abhandlung werden folgende Hauptthesen formuliert. Weitere Thesen zu Detailfragen finden sich zu den jeweiligen Einzelthemen.

30 Truman Doctrine; in Internet: https://en.wikisource.org/wiki/Truman_Doctrine (letzter Zugriff: 28. 4. 2020). Am 12. März 1947 verkündete der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman vor dem US-Kongress die sogenannte Truman-Doktrin. Nach dieser Doktrin sollte es zum außenpolitischen Grundsatz der USA werden, „freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen“. Die Truman-Doktrin bedeutete das Ende der amerikanischen Kriegscoalition mit der Sowjetunion und markiert den Beginn des Kalten Krieges.

31 Die Truman-Doktrin erhob einen universellen Anspruch. Sie stand damit am Anfang einer amerikanischen „Eindämpfungspolitik“ (containment policy) gegenüber der UdSSR. Der Begriff der „Eindämmung“ wurde 1946 vom US-Diplomaten George F. Kennan geprägt. Er empfahl Truman, die Sowjetunion mit allen Mitteln „einzudämmen“, bis sie am Ende zusammenbricht. Zusammen mit Exportbeschränkungen für westliche Waren, insbesondere Hightech und Elektronik, führte die „Eindämpfungspolitik“ zu einer starken Isolation der Sowjetunion vom Weltmarkt und der modernen Wirtschaft. Vgl. A Short History of the Department of State, George Kennan and Containment; in Internet: <https://history.state.gov/departmenthistory/short-history/kennan>.

32 Vgl. Görtemaker, Manfred u. a.: Das Ende des Ost-West-Konflikts? Berlin 1990 (Landeszentrale für politische Bildungsarbeit).

33 Vgl. Stent, S. 129ff.

- These 1:** Die sogenannte Ostausdehnung der NATO basiert – entgegen der Darstellung russischer Politiker – nicht auf einem Vertrauens- und Vertragsbruch des Westens.
- These 2:** Die grundlegenden Missverständnisse zwischen den Vertragsparteien haben den Ursprung darin, dass mündliche Verhandlungsergebnisse und protokollierte Absichtserklärungen nicht als „verbindliche Zusagen“ oder gar als „Verträge“ unterschrieben wurden.
- These 3:** Angesichts der bis dahin nicht gekannten Komplexität und Interdependenz von politischen, juristischen, regionalen und wirtschaftlichen Aspekten waren einige Verhandlungspartner überfordert. Erst im Nachhinein wurde von ihnen erkannt, dass die mündlichen Verhandlungsergebnisse in Teilbereichen nicht mit dem politischen Hauptziel übereinstimmten.
- These 4:** Die Verhandlungsstrategien aller Vertragspartner waren nicht von interessengesteuertem Vorsatz geleitet und können daher nicht als Ursache für die gegenwärtige Konfrontation zwischen dem Osten und dem Westen bezeichnet werden.
- These 5:** Alle formulierten Aussagen sind durch eine langjährige und akribische Dokumentation von teilweise unveröffentlichten Originalpapieren belegt.

Methoden, Quellenlage und ihre Bewertung

Primäre und sekundäre Quellen werden in dieser Arbeit kritisch und vergleichend analysiert. Es wird aufgezeigt, wie die Diplomatie es vermochte, die anfänglich gegensätzlichen Positionen innerhalb der NATO-Staaten, insbesondere zwischen Frankreich und Großbritannien auf der einen und den USA und der Bundesrepublik Deutschland auf der anderen Seite, in Einklang zu bringen und dann der Sowjetunion geschlossen gegenüber aufzutreten.

Dabei zeigt sich, wie sehr sich die Positionen der drei Westmächte zu Beginn der Diskussionen um eine mögliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten unterschieden.

Die USA waren bereits in ihren Überlegungen und Studien lange vor dem Fall der Mauer am 9. November 1989 zu dem Ergebnis gekommen: Der Vorschlag von Gorbatschow, der seit 1985 als KPdSU-Generalsekretär ein „Gemeinsames Haus Europa“ als neue Sicherheitsstruktur für Europa vorgeschlagen hatte, ließ sich nur bei Wegfall von Mauer und Gegnerschaft umsetzen, also durch die Vereinigung der beiden „Kunststaaten“ Bundesrepublik und DDR sowie die Unabhängigkeit aller Staaten, die im Verbund des „Warschauer Paktes“ organisiert und unter Kontrolle Moskaus standen.³⁴

Deutlicher als es die Öffentlichkeit bisher wahrgenommen hat, wird klar, dass sich gegen die deutsche Vereinigung nicht nur die britische und die französische Regierung gewandt hatten, sondern auch Italiens Ministerpräsident Giulio Andreotti.³⁵ Insbesondere die britische Premierministerin Margaret Thatcher lehnte 1989 die Vereinigung der deutschen Staaten strikt ab.³⁶ „Wir sollten den Sowjets nicht das Sauerstoffzelt liefern, das wesentlichen Strukturen des alten Systems das Überleben sichert“, sagte sie.³⁷ Ihrer abwehrenden Politik gegenüber dem deutschen Wunsch

34 Vgl. Zelikow, Philip und Rice, Condoleezza: Sternstunde der Diplomatie: Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1999, S. 28 ff. und S. 145 ff.

35 Vgl. Aus Angst vor der Einheit, Spiegel, Nr. 51/1989 vom 18. 12. 1989, S. 17 ff., ohne Autorenangabe; vgl. auch Gehler, Michael und Graf, Maximilian (Hg.): Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen, Göttingen 2017, S. 677–701.

36 Vgl. Thatcher, S. 1096 ff.

37 Thatcher, S. 1055. Gegenüber Außenminister Genscher hatte die britische Premierministerin bereits bei ihrem Treffen am 29. November 1989 gesagt, „Gorbatschow will nur den Sozialismus funktionsfähig machen“; zit. n. Hilger, Andreas: Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowje-

nach Wiedervereinigung³⁸ schloss sich anfangs auch Frankreichs Staatschef François Mitterrand an.³⁹ Mitterrand hatte bereits in einem Interview in „Le Monde“ vom 1. Juni 1989 erklärt: „Die Wiedervereinigung Deutschlands ist aus Gründen des europäischen Gleichgewichts, der französischen Sicherheit und des Friedens weder wünschenswert noch möglich, ja sie könne zu einem Einsatz um Krieg und Frieden werden.“⁴⁰ Der Historiker Ulrich Lappenküper kommt zu dem Ergebnis: „Hätte Gorbatschow sich der deutschen Einheit entgegengestellt, wäre Mitterrand kaum für die Freiheit in die Bresche gesprungen.“⁴¹ Ziel dieser Arbeit ist es daher auch, das Verhalten einiger der sogenannten Schutzmächte bzw. NATO-Partner gegenüber der Bundesrepublik nachzuzeichnen und zu belegen, dass sich Deutschland in dieser Phase der Geschichte politisch nur auf die USA verlassen konnte, weniger auf die übrigen NATO-Partner.

Für die Vereinigung und für die eindeutige NATO-Mitgliedschaft Deutschlands traten also zunächst nur die USA unter Präsident George Bush und die Bundesrepublik Deutschland unter Kanzler Helmut Kohl ein.⁴² Für Gorbatschow bedeutete das eine schwierige Gratwanderung. Er wollte die „Quadratur des Kreises“: Zum einen wollte er das „Gemeinsame Haus Europa“ bauen, das trennende Grenzen ausschloss. Zum anderen wollte er am Status quo mit der Teilung Deutschlands und Europas festhalten. Beides ging nicht, wie Präsident Bush und sein Außenminister James Baker ihm mehrfach deutlich machten.⁴³ Gegenüber der Sowjetunion galt es, Positionen aufzuweichen, dann zu verändern und schließlich konsensual zu lösen, ohne dass sich eine Seite bei Vertragsabschluss 1990

tischen Beziehungen 1989/90, München 2011, S. 49; Dok Nr. 10. Signatur PA AA ZA 178.931 E.

38 Hans Dieter Heumann widerspricht in seiner Genscher-Biographie allerdings dieser These. Er ist der Ansicht, dass es Widerstand im Foreign Office gegen diese Haltung gegeben habe; vgl. Heumann, Hans-Dieter: Hans-Dietrich Genscher: Die Biographie, Paderborn 2012, S. 226.

39 Vgl. ebda., S. 225; vgl. auch Lappenküper, Ulrich: Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx, München 2011, S. 278 f.; Bericht des Botschafters Hans Pfeffer in Paris an Genscher/Auswärtiges Amt über Frankreichs Stellung zur deutschen Frage vom 18. 12. 1989, in: Möller, Horst u. a.: Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess. Dok Nr. 33 vom 18. 12. 1989, Göttingen 2015, S. 178.

40 Le Monde 1. 6. 1979; zit. n. Lappenküper, S. 134.

41 Lappenküper, S. 301 f.

42 Vgl. Zelikow/Rice, S. 158 ff.; Kohl, Helmut: Erinnerungen 1982–1990, München 2005, S. 988; Bush, George und Scowcroft, Brent: A World Transformed. The Collapse of the Soviet Empire. The Unification of Germany. Tiananmen Square. The Gulf War, New York 1998, S. 195 ff.

43 Baker, James: Drei Jahre, die die Welt veränderten: Erinnerungen, Berlin 1996, S. 182 ff.

überevorteilt und/oder „hereingelegt“⁴⁴ fühlte. Dieses Gefühl, hereingelegt worden zu sein, setzte erst sehr viel später ab 1995, konkret ab 1999⁴⁵ ein.⁴⁶

Für die Zeit 1989/90 war es allein bedeutsam, politische Überzeugungen und Positionen, die seit 1945 (Potsdamer Konferenz) und 1949 (Gründung der NATO) als unverrückbar galten, von Grund auf infrage zu stellen und erforderlichenfalls zu revidieren. Die Bundesrepublik Deutschland war seit jeher – also bis zu einem Friedensvertrag mit den Siegermächten bzw. bis zur deutschen Wiedervereinigung – als „Provisorium“ gedacht. Tatsächlich aber gab es keine „Wiedervereinigung“, denn DDR und BRD waren „Nachkriegs-Republiken“, waren Geschöpfe der Siegermächte. Diese beiden Staaten wurden vereinigt – nicht mehr und nicht weniger. Der Begriff „Wiedervereinigung“ muss auch deshalb mit Vorsicht benutzt werden, weil die ehemals deutschen Ostgebiete, die nunmehr staatsrechtlich zu Polen und der Sowjetunion gehören, nicht mit den beiden Teilen Deutschlands BRD und DDR vereinigt wurden. Dennoch soll in dieser Arbeit der Begriff der „Wiedervereinigung“ beibehalten werden, weil er sich in dieser Form eingebürgert hat und geläufig ist.

Angesichts der Tatsache, dass das Geschehen mit zunehmender zeitlicher Distanz von den Beteiligten unterschiedlich gesehen oder interpretiert wird, ist bei der Auswertung der primären Quellen besondere Sorgfalt erforderlich. Nahezu alle Dokumente, Protokolle von Sitzungen, Mitschriften bzw. Abschriften von Telefonaten, Diskussionen, Memoiren, Erinnerungen und Biographien, Tagebuchaufzeichnungen und persönliche Gespräche (west)-deutscher Politiker aus den Jahren 1985 bis 1990 wurden bis heute in Deutsch und Englisch veröffentlicht und sind Grundlage der Untersuchung.⁴⁷ Sowohl Helmut Kohl⁴⁸, Hans-Dietrich Genscher⁴⁹, Theo

44 Krim-Anschluss an Russland: Rede von Wladimir Putin am 18. März 2014 in der Duma. Internet: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/20603> (letzter Zugriff: 4.6.2020)

45 Das bestätigte Modrow im Gespräch mit dem Autor am 22. Februar 2017. Notiz vom Gespräch im Besitz des Autors.

46 Diese politische Position entwickelte sich in Russland 1999 mit Beginn der Kosovo-Krise. Als die NATO erstmals seit ihrem Bestehen in Europa militärisch eingriff, um den serbisch-kosovarischen Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen, begann die Kritik aus Moskau an der NATO. Danach und insbesondere nach Ausbruch der Krise um Georgien nach 2008 entwickelte Russland unter den Präsidenten Medwedew und Putin bis Dezember 2014 eine eigene Militärdoktrin, die die NATO wieder als „Gegner“ bezeichnet.

47 Küsters, Hanns Jürgen und Hoffmann, Daniel (Bearbeiter): Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Dokumente zur Deutschlandpolitik, München 1998.

48 Kohl: Erinnerungen 1982–1990 und ders.: Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin 1996.

49 Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995.

Waigel⁵⁰, Hans Klein⁵¹ wie auch Horst Teltschik⁵², Egon Krenz⁵³, Hans Modrow⁵⁴ und de Lothar de Maizière⁵⁵ haben „Erinnerungen“ veröffentlicht. Diese sind naturgemäß subjektiv. So klammert Kohl in seinen „Erinnerungen“⁵⁶ die Vorarbeiten an dem diplomatischen Prozess der Einigung Deutschlands durch Außenminister Genscher weitgehend aus. Dabei zeigt sich, dass Genscher weniger auf das atlantische Bündnis mit den USA setzte, sondern vor allem auf eine Verständigung mit Moskau über einen Gesamtfrieden in Europa mit einer neuen Bündnisstruktur.⁵⁷

Allerdings erkannte der Außenminister frühzeitig die Dimension der NATO-Frage für den Gesamt-Friedensprozess in Europa. Für ihn galt die Kurzformel: Ja zu einem „europäischen Deutschland“, Nein zu einem deutschen Europa. In Kohls „Erinnerungen“ wird dies unzureichend dargestellt.

Andererseits überbewertet Genscher seine Rolle in dem Einigungsprozess. Dies muss bei der Beurteilung der primären und sekundären Quellen beachtet werden. Kohl wie Genscher wollten dasselbe Ergebnis: die Einheit Deutschlands.⁵⁸ Doch bis zum Februar 1990 glaubte Genscher, er könne dies besser unter stärkerer Einbeziehung Moskaus⁵⁹ als durch die USA und die NATO erreichen. So erklärt sich auch eine briefliche „Rüge“ von Kanzler Kohl an Genscher, auf die noch einzugehen sein wird.⁶⁰ Im Übrigen waren sich Margaret Thatcher, der britische Außenminister Douglas Hurd, und Hans-Dietrich Genscher in der NATO-Frage zunächst einig.⁶¹ Dies wird auch detailliert in den Niederschriften von Bush,⁶² Baker⁶³ und

50 Waigel, Theo: Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, München 1994.

51 Klein, Hans: Es begann im Kaukasus, Berlin 1991.

52 Teltschik, Horst: 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.

53 Krenz, Egon: Wenn Mauern fallen, Wien 1990.

54 Modrow, Hans: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991.

55 de Maizière, Lothar: Anwalt der Einheit, Berlin 1996.

56 Vgl. Kohl: Erinnerungen 1982–1990.

57 Vgl. Genscher: Erinnerungen, S. 709 ff.

58 Genscher: Erinnerungen, S. 697.

59 Diese Politik wurde als „Genscherismus“ bezeichnet; vgl. Naß, Matthias: Genscherismus ist ein Zukunftsmodell, in: Die Zeit, April 2016; in Internet: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-04/hans-dietrich-genscher-ehemaliger-aussenminister-deutschland-erinnerungen> (letzter Zugriff: 4. 6. 2020).

Siehe auch Rede Bundeskanzler Gerhard Schröder zum 75. Geburtstag von Hans-Dietrich Genscher am 21. 3. 2002. Untertitel: „Als Außenminister haben Sie es zu ungeahnter Wertschätzung und Popularität gebracht. Ihre Politik, der ‚Genscherismus‘, wurde zu einem Markenzeichen.“; in Internet: <http://adrien.barbaresi.eu/corpora/speeches/BR/t/383.html> (letzter Zugriff: 4. 6. 2020)

60 Der Brief ist abgedruckt bei Karner, Stefan u. a.: Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990. Interne sowjetische Analysen. Dokumente, Berlin 1990, S. 231.

61 Vgl. Thatcher: Erinnerungen.

62 Vgl. Bush/Scowcroft: A World Transformed.

63 Vgl. Baker.

deren Berater Philip Zelikow und Condoleezza Rice⁶⁴ mit ihren sachgerechten Darstellungen deutlich. Die Idee von Genscher, dem Gebiet der Ex-DDR einen „besonderen Status“ zu verleihen, schien das Problem der NATO-Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands lösen zu können. So spielte dieser Genscher-Vorschlag im Februar in den politischen Gesprächen zunächst eine wichtige Rolle. Diese Entwicklung wird im Einzelnen nachgezeichnet.⁶⁵

Unverzichtbar hierbei war der Quellenband „Deutsche Einheit“ mit den wichtigsten Dokumenten, Protokollen und Notizen aus dem Kanzleramt. Unabdingbar für diese Arbeit war ferner die Einsichtnahme in die Bestände des Auswärtigen Amtes,⁶⁶ des Bundesarchivs⁶⁷ sowie der Archive der deutschen Parteien⁶⁸ einschließlich des Parteiarchivs der SED.⁶⁹

Hier finden sich die Dokumente, die Auskunft über das Denken und das Handeln des deutschen Bundeskanzlers als treibende Kraft im Vereinigungsprozess sowie des deutschen Außenministers bzw. der Opposition geben. Dabei stellen sich zum Teil erhebliche Unterschiede beim Vergleich der Primärquellen aus den Archiven der USA, in Moskau und vor allem im Bundesarchiv heraus.

Hinzu kommt, dass einige Protokolle, die in den Archiven vollständig im Wortlaut zu finden sind, für die Dokumenten-Ausgabe teilweise zusammengefasst wurden. Es ist zu berücksichtigen, dass dies Einfluss auf die Authentizität haben kann. Ebenso sind Sätze, die in den Buch-Ausgaben in den jeweiligen Dokumenten als „gestrichen“ angemerkt wurden, in den Original-Protokollen weiter vorhanden. Der Autor weist im Text auf diese Passagen hin.

Das Internet erschließt zudem weitere Dokumentenquellen aus Moskau,⁷⁰ London,⁷¹ Paris⁷² und Washington.⁷³ So sind auf den aufgeführten Web-Seiten von Präsident Bush alle Reden und Erklärungen aus seiner Amtszeit zu finden.

64 Vgl. Zelikow/Rice.

65 In Internet: <https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB422/>.

66 In Internet: <http://www.ifz-muenchen.de/> in der Edition „Einheit“ 2015; In Internet: <http://www.archiv.diplo.de/>.

67 In Internet: www.bundesarchiv.de.

68 In Internet: www.cdu.de; <http://www.spd.de/>; www.fdp.de; www.die-linke.de.

69 Zugang über das Bundesarchiv = www.bundesarchiv.de.

70 Gorbatschow-Stiftung = In Internet: www.rodon.org/other/mgigv/index.htm (letzter Zugriff: 29.4.2020).

71 In Internet: <https://www.diplomatie.gouv.fr/de/>

72 In Internet: <http://www.diplomatie.gouv.fr/de>.

73 In Internet: <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/>; <https://www.archives.gov/federal-register/executive-orders/bush.html>; <https://www.archives.gov/federal-register/publications/presidential-papers.html>; <http://nssarchive.us/>; <https://bush41library.tamu.edu/>.

Es zeigt sich, wie wichtig eine grundlegende Archiv-Studie ist. Dies gilt auch im Vergleich der Schilderungen der Teilnehmer der Gespräche bzw. der Beobachter.

Viele der Quellen sind zeitversetzt verfasst worden und spiegeln nur ungenau tatsächliche Sachverhalte wider, sondern sind eher subjektive Einschätzungen. Diese Quellen waren besonders sorgfältig zu prüfen. Hinzu kommt: Zahlreiche Dokumente in den Archiven des ehemaligen ZK und des Politbüros der KPdSU in Moskau sind bis heute für den westlichen Nutzer verschlossen. Dagegen gibt es – wie erwähnt – eine Fülle von nicht sachgerechten Publikationen, die sich weitgehend auf Vermutungen, nicht aber auf reale Geschehnisse stützen. Nur ein Teil von ihnen ist im (via Internet) zugänglichen „Archiv der Gorbatschow-Stiftung“ abgelegt und in Russisch verfügbar.⁷⁴ Seit 1994 sind, wie der ehemalige DDR-Ministerpräsident Hans Modrow im Gespräch am 23. Januar 2017 in Berlin gegenüber dem Autor bestätigte, keine grundlegenden wissenschaftlichen Untersuchungen über die Verhandlungen zur deutschen Einheit erschienen. Dies hatte Rafael Biermann⁷⁵ bereits 1997 in seiner Arbeit festgestellt. Seither hat sich daran nichts geändert.

Im Archiv seiner Stiftung hat Michail Gorbatschow Protokolle von Politbürositzungen, Gesprächsabschriften und Tagebuchaufzeichnungen aus seiner Amtszeit gesammelt. Ein Teil davon wurde vor einigen Jahren auch in deutscher Sprache veröffentlicht.⁷⁶ Sie wurden von Gorbatschow persönlich ausgewählt. Aber in den Dokumenten wurde offenbar erheblich gekürzt – um belanglose Wörter ebenso wie um ganze Seiten oder komplette Gesprächswiedergaben. Die Kürzungen scheinen vor allem einem Zweck zu dienen: den damals handelnden Personen, allen voran Gorbatschow selbst, mehr Glanz zu verleihen, als sie verdient hatten. Ein Grundproblem bei den in Russisch vorliegenden Protokollen, Mitschriften bzw. eigenen Notizen liegt darin, dass die russische Variante das wiedergibt, was der Gesprächspartner durch den Dolmetscher übermittelt bekommen und darunter verstanden hat. Demgegenüber sind die westlichen Protokolle in der Regel exakte Wortprotokolle des Gesprächsverlaufs. Das ist oft nicht identisch. Darauf verweist die auf deutsche Zeitgeschichte spezialisierte Politikwissenschaftlerin Kristina Spohr.⁷⁷

74 Quelle <http://www.rodon.org/other/mgigv/index.htm> (letzter Zugriff: 16. 6. 2020).

75 Biermann, Rafael: Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn 1997, S. 21 ff. Rafael Biermann ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

76 Galkin, Aleksandr und Tschernjajew, Anatolij: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München 2011.

77 Vgl. Spohr, S. 28 und S. 9.

Die Bestandsübersicht über die Akten und Unterlagen der Sitzungen des Politbüros und des ZK der SED zum Reisegesetz besitzt einen vorläufigen Charakter, da die Erschließung der Akten noch nicht beendet ist. Das liegt zum Teil an der chaotischen Überlieferungslage: So sind die Teilbestände unübersichtlich groß, in der Regel fehlt ein Aktenplan und die Registratur-Ordnungen des MfS sind kaum nutzbar. Auch wurden die Bestände der Diensteinheiten durch die Aktenvernichtungen unbekanntem Ausmaßes 1989/90 in Mitleidenschaft gezogen. Zu einigen Diensteinheiten sind zurzeit keine Unterlagen nachweisbar. Die MfS-Archivbestände selbst konnten jedoch nahezu komplett übernommen werden.

Die Akten und Unterlagen der Sitzungen des Politbüros und des ZK der SED zum Reisegesetz (kurz „Mauerfall“ genannt) befinden sich z. T. mit den handschriftlichen Änderungen von Egon Krenz im Bundesarchiv. Die ausführliche Quellenangabe der vom Verfasser per Internet genutzten Archivalien befindet sich im Anhang.⁷⁸

Die Überlieferung aus dem Büro „Krenz“ gelangte nach der Niederlegung seiner Ämter im November 1989 in die Altregistratur des Zentralen Parteiarchivs der SED. Vertrauliches Büroschriftgut leitete der damalige Büroleiter des Politbüros an das ihm unterstellte interne Parteiarchiv weiter. 1992 wurde das Schriftgut aus den dienstlichen Räumen von Egon Krenz im Zentralen Parteiarchiv im Verbund Archiv/Bibliothek/technische Werkstätten beim Parteivorstand der Partei des Demokratischen Sozialismus erschlossen. Gemäß dem Vertrag vom 29. Dezember 1992 zwischen der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und der Bundesrepublik Deutschland wurde der Teilbestand mit der Provenienzbezeichnung „Büro Egon Krenz“ zusammen mit dem Gesamtbestand „Zentralkomitee der SED“ in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv eingebracht. 1996 erhielt der Teilbestand eine Ergänzung durch die vertraulichen Arbeitsunterlagen aus dem internen Parteiarchiv. Im September 1999 übergab die Staatsanwaltschaft II in Moabit SED-Materialien aus dem Büro Krenz zur Archivierung, die am 1. Februar 1990 durch die Generalstaatsanwaltschaft der DDR für Ermittlungsarbeiten in den Arbeitsräumen von Egon Krenz und Erich Honecker im Haus des Zentralkomitees der SED beschlagnahmt wurden.

Im Zuge der endgültigen Erschließung wurde der Teilbestand entsprechend den Funktions- und Arbeitsbereichen von Egon Krenz gegliedert und sachthematisch geordnet. Neben Archivgut, das seine Tätigkeit in den verschiedenen Verantwortungsbereichen widerspiegelt, existieren in den

78 In Internet: www.bundesarchiv.de/DE/Content/Artikel/Finden/digitalisierte-bestaende.html.